

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1922

249 (25.10.1922)

Volkstfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Bezugspreis: Durch unsere Träger zugestellt 1,50 M mit Postgebühren; durch die Post bezogen 1,65 M; in der Geschäftsstelle und bei untern Karlsruhern Abgaben abgeholt 1,50 M monatlich. Einzelnummern 7 M. Ausgabe: Freitag mittags Geschäftsstelle u. Redaktion: Luisenstr. 24. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481. Anzeigen: Die einpaltige Kolonnenzeile 15.-M. auswärts 18.-M. Die Kolonnenzeile 20.-M.; bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif. — Annahmefrist 8 Uhr vormittags, für größere Aufträge nachmittags zuvor.

Ebert Reichspräsident bis 30. Juni 1925

Mit überreicher Mehrheit (314 gegen 76 Stimmen) ist gestern der von der sozialdemokratischen Fraktion, dem Zentrum, den Demokraten, der Deutschen und der Bayerischen Volkspartei unterzeichnete Antrag, der die Umwandlung der bisherigen vorläufigen Präsidentschaft Eberts in verfassungsgerechtl. bis 30. Juni 1925 (außen des Definitivum vorliegt, im Reichstag angenommen worden.

Damit ist die lang umstrittene Frage der Präsidentschaft für die nächsten Jahre erledigt. Durch Abänderung des Art. 180 der Reichsverfassung gilt also Ebert bis 30. Juni 1925 als erster verfassungsmäßiger Reichspräsident. Nach dem bisherigen Wortlaut war er nur Platzhalter für den ersten verfassungsmäßigen Präsidenten. Wie bekannt, hat die Sozialdemokratie Volksabstimmung verlangt und das Reichskabinett setzte hierfür schon den Tag des 3. Dezember d. J. fest, aber da durch die Stellungnahme der Parteien, mit Ausnahme der Deutschnationalen und Kommunisten, eine übergroße Mehrheit auch im Volk gefordert war, hat sich unsere Partei mit diesem Weg einverstanden erklärt. Desgleichen mit der Verfüzung der Amtsperiode um ein halbes Jahr. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat dieser geringen Verfüzung unter dem Gesichtspunkt zugestimmt, daß durch die Verfassungsänderung dauerndes Recht geschaffen wird und daß alle zukünftigen Wahlen des Reichspräsidenten durch das Volk normalerweise in dieselbe Wahlperiode fallen werden. Sollte man die Amtsperiode des ersten Reichspräsidenten auf genau sieben Jahre bestimmen, so wären alle zukünftigen Wahlen auf den Januar angefallen. Nur eignet sich der Sommer erfahrungsgemäß für Wahlsitzungen viel besser als der Winter. Darum stimmte unsere Fraktion dem Vorschlag zu, die erste Amtsperiode am 30. Juni 1925 — statt am 10. Februar 1926 — ablaufen zu lassen und damit die erste Volkswahl, wie auch voraussichtlich die künftigen, auf den Juni zu verlegen.

Der Umstand, daß Ebert mit außerordentlichem Geschick sein verantwortungsvolles Provisorium verwaltete, hat dazu beigetragen, daß die Präsidentschaftsfrage ruhig und ruhig erledigt wurde. Wir sind überzeugt, daß Ebert sich dem ihm gewordenen Ehren der Vertrauensstellung würdig bewiesen wird. Dieses Vertrauensvotum darf auch diejenigen bestimmen, sich mit dem Bericht auf die Volkswahl einverstanden zu erklären, die unter allen Umständen die Volkswahl wollen. Das Vertrauensvotum zeigt, wie eine Volkswahl im gegenwärtigen Augenblick ausgefallen wäre. Wir hoffen die Zeit zu erleben, wo auch durch Volkswahl ein von der Sozialdemokratie vorgeschlagener Präsident gewählt wird.

Empfang beim Reichspräsidenten

Eine erste Kundgebung Eberts
22. Berlin, 24. Okt. Im Anschluß an die Abstimmung über die Verlängerung der Amtsdauer des Reichspräsidenten begab sich Reichspräsident Ebert zum Reichspräsidenten Ebert, um ihm von dem Beschlusse des Reichstags Mitteilung zu machen. Bei jenem waren bereits der Reichstagskanzler und der Reichsminister des Innern anwesend. Der Reichspräsident richtete an den Reichspräsidenten eine Ansprache, worauf dieser erwiderte. Zum Reichen der Begrüßung des provisorischen Zustandes wurde auf dem Gebäude des Reichspräsidenten dessen Standarte gehißt, die nunmehr bei seiner Anwesenheit ständig gehißt werden wird.

Bei dem Empfang des Reichstagspräsidenten waren auch die Vizepräsidenten Dietrich, Well, Dittmann und Richter zugegen. In seiner Ansprache hob Reichspräsident Ebert hervor, daß der Reichspräsident in der schwersten Zeit unseres Vaterlandes, 1919, das Amt auf sich angenommen habe, in dem feinerlei Anerkennung, geschweige denn Dank erwartet werden konnte. Der Reichspräsident sei, wie er damals gefast habe, dem Rufe der Pflicht nachgefolgt. Der Reichstag des Reichstags über die Verlängerung der Präsidentschaft Eberts befaßte den Dank des Reichstags für die bisherige Führung des Amtes, er befaßte das Vertrauen, welches über den Kreis der Zustimmung hinausreichte, wo man aus politischen Gründen, nicht aus persönlicher Gegnerschaft, eine andere Entscheidung verweigern würde, mit Weisheit und Energie bei der Lösung der schweren Fragen, vor denen wir stehen, mitzuwirken.

Ebert erwiderte, er habe das Amt übernommen in dem Bewußtsein, seine Pflicht gegenüber den Volksgenossen tun zu müssen, die ihm in harten Tagen ihr Vertrauen entgegenbrachten. Im gleichen Gedanken erkläre er sich auch heute bereit, sein Amt weiterzuführen. Wie bisher wolle er sich bemühen, sein Amt unparteiisch zu führen, Gerechtigkeit gegen jedermann zu üben und seine Pflicht gewissenhaft zu erfüllen. Alle lebendigen Kräfte und wirkenden Kräfte des ganzen Volkes gebietet von dem Staatlichen, wirtschaftlichen und geistigen Leben der Nation, umwurzelt, zur Lösung der schweren Aufgaben zusammenzuwirken. Darum werde es sein Bemühen sein, über alle Parteigrenzen der Interessen und der Weltanschauung hinaus die großen und wertvollen Kräfte unseres Volkes zusammenzufassen in der Liebe und Pflicht und Treue zum Volk und Vaterland. Der Kampf der Meinungen dürfe nicht in engen Zusammenstoß der Leidenschaftlichen, nicht in blinde Selbstverleumdung ausarten. Daß alle in diesem Geiste wirken, sei die Bitte, die er an alle deutschen Frauen und Männer, die guten Willens seien, richte.

Das Ringen mit der Verzweiflung

Von P. Haupt

Die harte Wahrheit kann dem deutschen Volke nicht oft genug gesagt werden, sie muß immer wieder gesagt werden von den Sozialisten als Politikern auf lange Sicht, als verantwortungsbewußte Volksführer, das harte Wort: Dieser Winter wird ein Glendwinter für das deutsche Volk. Die wieder geeinigten Sozialdemokratische Partei sieht sich Zuständen gegenüber, die sie mit allerhöchster Kraftanstrengung mit vorzichtigen Einsetzen des richtigen Mittels an den richtigen Ort erträglich vielleicht machen, nicht aber radikal bessern kann. Es muß klar erkannt werden: die sozialdemokratische Partei als Rückgrat der deutschen Republik, als stärkste Partei Deutschlands befindet sich gegenüber den übrigen Parteien in ungünstiger Gefechtslage. Schon jetzt gibt das Parolengetöse der Oppositionsparteien rechts und links einen Begriff davon, wie gewissenlos und bar jeder Verantwortung diese Parteien die Konjunktur des Glends, der Verzweiflung auszunutzen gedenken. Und was noch schlimmer ist: die noch bestehenden Klassenkämpfe schärfsten Klassenkampf um die Aufrechterhaltung ihres Besitzes, ihrer liebigen Lebenshaltung. Es würde wirtschaftlich und politisch vieles besser um Deutschland stehen, wenn die Verbände der Regierung, einen sozialen Ausgleich zu schaffen, die furchtbaren Lasten der Zeit auf alle Schultern gleichmäßig anzulegen, nicht dem erbittertesten Widerstand derjenigen begegneten, die durch überlieferter, ererbten Besitz, durch wirtschaftlich stärkere Stellung von früher her auch jeden Versuch, ihre bessere Lebenshaltung zugunsten einer Vinderung der Not der Masse zu beschneiden, zähesten Kampf ansetzten. Die Preispolitik so mancher Monopolindustriellen, die Sabotage der Umlage von Seiten der Agrarier, die Steuerflucht der großen Vermögenden zeigen, daß von dieser Seite keine deutsche Regierung, die vernünftig, hartnäckig gegen das Glend zu machen, die Lebensnotwendigkeiten zu strecken, Unterstützung findet. Das Verhängnis ist, daß der proletarisierte Mittelstand, politisch unwillig, unfähig zu wirtschaftlichem Denken, zu großen Teilen sich von den Parteien, die in ihrer Politik wie in ihren — Finanzen von der bestehenden Oberhoheit abhängig sind, einfangen lassen. Das Verhalten der Koalitionsparteien, Zentrum und Demokraten (ganz abgesehen von der Deutschen Volkspartei), in der Frage des Umlagepreises, der Wucher- und Spekulationsbekämpfung, der Steuererleichterung zeigt, wie schwächlich ihre Stellungnahme zu den großkapitalistischen Kreisen ist. Sie scheuen, unter der Angst, daß ihre Wähler nach rechts abzuweichen könnten, das Zupaßen dort, wo nach zupaßen ist.

Die Sozialdemokraten stehen nahezu allein. Sie werden im Laufe des Winters ihren Anhängern oft eingestehen müssen: unsere Pläne sind nicht durchgedrungen, der Widerstand gegen eine Heranziehung der Besitzenden zugunsten der Masse ist zu allgemein, zu groß — weil der proletarisierte Mittelstand nicht erkennt, wozu er gehört. Wenig werden die sozialdemokratischen Fraktionen in Reich und Ländern ihren Mitglieðern an augenblicklich wirksamen, vollen Erfolg geben können. Vielleicht wird der Zwang der Verhältnisse sogar die Arbeiterpartei in die Opposition drücken. Da ist die entscheidende Frage: wieviel ist der deutsche Volksgemeinschaft, über sein augenblickliches Glend hinaus klar zu denken, wie groß ist die Stärke der sozialistischen Erkenntnis in den Massen. Wird sie so klar sein, verlogene Verheißungen und Verheißungen der Oppositionsparteien zu durchschauen, wird sie so stark sein, um Führer und Masse aufzunehmen, selbst wenn der Führer mit leeren oder halbleeren Händen kommt?

Die Gewerkschaften stehen ein wenig günstiger da als die politische Arbeiterpartei. Sie werden ihren Mitglieðern immer etwas, immer der Tenorung nachschreitende Lohnverbesserungen, hier und da andere Zugeständnisse, handgreifliche Erfolge bringen. Der politischen Partei harte schwerstes Ringen mit Kampferfolgen, die im Augenblick fast undurchsichtig, erst in der Zukunft vielleicht sich auswirken werden. In ihr kann nicht selbstliches Interessendurchgehen um jeden Preis treiben, nicht materieller Egoismus kann ihre Reihen füllen — der Idealismus, die Denkfähigkeit des deutschen Arbeiters hat das Wort. Mehr als je wird schädigend für die politische Arbeiterbewegung „der Unverstand der Massen“ sein, Idealismus und Klarhalten des Verstandes am Rande der Verzweiflung selbst ihre Förderer. Wort und Denken gegen den Magen, das der harte Kampf, das die Krise, die die politische Arbeiterbewegung in diesem Winter durchzukämpfen hat. Das deutsche Volk steht vor dem Zusammenbruch: von rechts, von Seiten der bestehenden Klassen hat es keine Unterstützung, aber nur wenige, soweit dort selbstliches Interesses nicht schlank mit den allgemeinen, zu erwarten, der besitzlose Deutsche auf Deutschland retten, soll es nicht verloren sein.

Die Krise

Verhandlungen der Fraktionen

Wie die Blätter schreiben, soll die Verhandlungspause des Reichstages von den Fraktionen dazu benutzt werden, die Meinungsverschiedenheiten darüber, welche Schritte zu unternehmen sind, um der Not des Winters zu wehren, auszugleichen. Die „Sermantier“, die die Situation als ernst bezeichnet, erwarten, daß die Verhandlungen der Regierung nicht auf die lange Bank geschoben werden dürfe. Das Wort heißt, daß beide eine befriedigende Lösung gefunden werde, und daß zu der wirtschaftlichen Krise sich keine politische hinzugeselle. Der Umstand, daß die Koalitionsparteien gehen bei der Abstimmung über die Oberverordnungen auseinanderbleiben, brauche nicht als Vorläufer eines unheilbaren Nils betrachtet werden.

Das „Sermantier“ beschäftigt sich gestern nach Beendigung der Reichstagsfraktion die sozialdemokratische Fraktion nochmals mit dem von ihr am Montag aufgestellten finanziellen und wirtschaftlichen Programm. Die Fraktionen stimmt darin überein, daß es unmöglich sei, mit der Durchführung ihrer Forderungen bis zum Wiederzusammentritt des Reichstags zu warten, sondern daß sofort das Nötige getan werden müsse. Für die Beratungen mit der Regierung über die von der Fraktion gewünschten finanz- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen wurde eine Kommission von 5 Mitglieðern eingesetzt. Die Parteiführer-Verprechung beim Reichstagskanzler, die gestern nachmittags stattfinden sollte, ist am heute verschoben worden.

über vierhundert Stück unmöglich wird, ist die Sicherung des nackten Lebens der Bevölkerung oberste Pflicht der gelegentlichen Körperlichkeiten. Das erfordert die reifste Gestaltung der im Inland vorhandenen Vorräte an Lebensmitteln, die sich in den Händen der Erzeuger, der Verbraucher und des Handels befinden. Jede Verzögerung dieser Maßnahmen ruft die Gefahr der Verfallung an das Vieh und der Verarbeitung zu Spiritus hervor.

Der Reichstag ersucht deshalb die Reichsregierung, sofort einen Befehlswort vorzulegen, durch welchen zur Sicherung der Volksernährung die vollkommene Erhaltung der wichtigsten Nahrungsmittel verfügt wird.

Sozialdemokratische Interpellation

Das Zuchthausurteil in Bayern
Die sozialdemokratische Fraktion hat im Reichstag eine Interpellation eingebracht, die sich mit der Beurteilung der drei Zeitsungsrichter, darunter des Journalisten Hechenbach, zu insgesamt 33 Jahren Zuchthaus durch das Münchener Volksgericht, beschäftigt. Die Reichsregierung wird gefragt, ob ihr bekannt sei, daß das Verbrechen des Landverrats darin erblich wurde, daß die Richterrichter über Geheimorganisationsmittelungen gemacht haben, die nach dem Reichsgesetz verboten sind. Weiter, ob die Reichsregierung diese Reichsregierung für vereinbar mit den bestehenden Gesetzen hält, ferner wie sie gegenüber dem durch die bayerischen Volksgerichte geschaffenen Zustand die Rechtsprechung und die deutsche Meisensicht wieder herzustellen gedenke, und was sie für die Opfer der Volksgerichtsjustiz tun wolle.

Die deutschen Naturalleistungen an die Siegerstaaten

Paris, 24. Okt. Durch den Beschluß der Reparationskommission vom März, der die deutschen Leistungen für das Jahr 1922 festsetzte, wurde die Höhe der Naturalleistungen auf insgesamt 1450 Millionen Goldmark fixiert, von denen Frankreich 970 Millionen erhalten sollte. Wie der „Internationale“ feststellt, hat Serbien von dem letzten drei Viertel, nämlich 80 Millionen in Form von Kohlen, Holz, Vieh und Weizen; England und Italien sollen ebenfalls den ihnen zustehenden Anteil bereits abgenommen haben, während Frankreich in der gleichen Zeit noch nicht einmal ein Drittel, genau 28 Prozent, der ihm zugesprochenen 970 Millionen abgehoben hat.

Die Reichsregierung hört Sachverständige
22. Berlin, 24. Okt. Die Reichsregierung hat eine Reihe von hervorragenden Sachverständigen nach Berlin eingeladen, um mit ihnen darüber zu beraten, welche Maßnahmen für eine Stabilisierung der Währung bei der gegenwärtigen Lage Deutschlands ergreifen werden können. Die Beratungen werden, wie wir erfahren, in Kürze stattfinden.

Die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat im Reichstag folgende Entschlüsse eingebracht:
Der Reichstag wolle beschließen:
In Anbetracht der Tatsache, daß der Sturz der Mark zu einem vollkommenen Zusammenbruch der öffentlichen Wirtschaft zu führen droht, da die infamische Währungsreform weit hinter den geforderten Abfertigungen zurückbleibt, die Einfuhr von Getreide bei einem Dollarkurs von

Das ist auszusprechen. Offen und deutlich. Zu groß ist die Mission des Sozialismus, zu groß die Bedeutung der sozialdemokratischen Bewegung Deutschlands in der Welt, als daß ihr Wirken auf unmögliche Versprechungen aufgebaut werden könnte. Ehrlichkeit gegen fliegende Blätter. Erkenntnis der Notwendigkeit gegen hohe Versprechungen, das ist der Kampf des Sozialismus gegen den Kapitalismus. Siegt nicht Idealismus, Erkenntnis und Vertrauen der Sozialisten in ihre Sache, dann muß das deutsche Volk durch härtestes Elend, ehe es kommen kann zu neuem Aufbau und Werden, ehe es wieder erobert die Wirtschaft, von der aus der Eingang zum Sozialismus zu erreichen ist.

Brotpreis und Verwaltungskosten der Reichsgetreidestelle

Immer wieder hört man in der Presse der verschiedensten Richtungen auf falsche Behauptungen über den Anteil der Verwaltungskosten der Reichsgetreidestelle am Brotpreis. Neuerdings geht vielfach die Behauptung um, die Verwaltungskosten der Reichsgetreidestelle betrügen für den Jahresbedarf an Getreide 6% Milliarden, also mehr als der Gesamtbetrag, den die deutsche Landwirtschaft für das Umlagegetreide bekommt.

Die Tendenz dieser Behauptungen, mit denen man der Reichsgetreidestelle und der öffentlichen Bewirtschaftung des Getreides einen Schlag versetzen zu können glaubt, geht, wie uns von unrichtiger Seite geschrieben wird, dahin, zu beweisen, daß in dem von der Reichsgetreidestelle im Mai d. J. veröffentlichten Plakat über die Zusammensetzung des Brotpreises die Darstellung irreführend sei, nach der rund 64 Prozent von dem Brotpreis auf die Kosten des Getreides (Inlands- und Auslandsgetreide) entfallen. Die angeblichen 6% Milliarden „Verwaltungskosten der Reichsgetreidestelle“ wurden mittels der in dem Plakat enthaltenen Prozentangaben errechnet. Es entfallen nämlich nach diesem Plakat auf Grund des im Mai d. J. geltenden Brotpreises von 11,70 M 6,69 Proz. auf Fracht, Lagerung, Versicherung etc. bei Vollerlieferung durch die Reichsgetreidestelle (d. h. Verwaltung- oder Geschäftskosten), 5,43 Proz. auf Frachten, Zinsen, Schwund usw. innerhalb der Kommunalverbände, 1,39 Prozent auf Kosten (d. h. Verwaltungs- und Geschäftskosten) der Kommunalverbände. Diese Anteile — insgesamt 14 Proz. — wurden zusammengezogen und auf den inzwischen auf 17 M gestiegenen Brotpreis in Anrechnung gebracht. Das ergab auf ein Brot einen Anteil von 2,38 M oder auf die Gesamtzahl der Marktbrote für ein Wirtschaftsjahr hoch gerechnet etwa 6% Milliarden Mark.

Diese Errechnung ist deshalb grundfalsch, weil der dem Plakat der Reichsgetreidestelle zu Grunde liegende Brotpreis der Zeit vom Mai bis zum Juli d. J. von 11,70 M auf 17 M gestiegen ist und zwar ausschließlich infolge der Erhöhung der Anteile des Müllers und insbesondere des Bäckers. Die Nachkaffee haben sich in der Zwischenzeit nicht geändert. Bei gleichbleibendem Preis für den Rohstoff (das Getreide), aber höheren Anteilen für Müller und Bäcker ist ohne weiteres klar, daß der prozentuale Anteil der im vergangenen Wirtschaftsjahr auf dem Brot noch ruhenden Anteile sowie der Verwaltungskosten der Reichsgetreidestelle und der Kommunalverbände bei objektiver Aufstellung eines Brotpreises von 17 M unter 14 Prozent liegen muß.

Vollkommen unverständlich ist aber, daß trotz aller antiken Nichtstellungen immer wieder das Verfahren beibehalten wird, die auch bei freier Wirtschaft unvermeidlichen Kosten für Fracht, Lagerung, Versicherung, Schwund, Unfallsteuer usw. mit den Verwaltungskosten der Reichsgetreidestelle, welche letztere wiederholt als äußerst gering (etwa 1,55 Proz. auf das Pfund Brot) nachgewiesen wurden, zusammenzuerrechnen. Durch dieses Verfahren soll die Auffassung ertrotzt werden, als handelte es sich bei diesen Anteilen von angeblich 6% Milliarden um Unkosten die nur durch die öffentliche Bewirtschaftung verursacht und somit durch Aufhebung der öffentlichen Bewirtschaftung beseitigt würden.

Die tatsächlichen Verwaltungskosten der Reichsgetreidestelle, die, wie erwähnt, im vergangenen Wirtschaftsjahr 1,25 Proz. für das Pfund Marktbrot betragen, werden trotz der inzwischen eingetretenen Erhöhungen wesentlicher Posten dieser Unkosten (Gehälter, Löhne, Porto etc.) im neuen Wirtschaftsjahr nicht mehr als schätzungsweise 1 1/2 Proz. auf das Pfund Marktbrot betragen. Am Umlage der Reichsgetreidestelle bemessen wird sich somit der Umlagebetrag im laufenden Wirtschaftsjahr, soweit dies sich heute schon übersehen läßt, auf nur 1 pro 1000 stellen, d. h. die Reichsgetreidestelle arbeitet mit einem Umlagebetrag, der gleich gering wie in keinem anderen kaufmännischen Betriebe zu finden sein dürfte.

Hinter Pflug und Schraubstock

Erzählen aus dem Taschenbuch eines Ingenieurs

Von Max Gsch

(Fortsetzung)

Der pläjägend geschriebene Artikel ging durch alle Zeitungen von Moskau bis Leros. Noch zwei Wochen später bekam ich ihn aus entlegenen Wald- und Präriegegenden angelandt mit dem gedruckten Binde, mich doch auf die „Wuff Greel Times“ oder den „Jacksonville Herald“ zu abonnieren, die in so aufopferungsvoller Weise meine Bestrebungen unterstützten. Ich war für die Zeit meines irdischen Daseins mit — allerdings drückigem — Badpapier überreichlich versorgt.

Was aber nun? Todmüde und mit Schweiß bedeckt war ich am Abend des dritten Tages nach dem Rennen nach Hause gekommen. Der ganze Apparat stand gerettet, aber wie ein großes Fragezeichen, dazu nach europäischen Begriffen völlig polizeiwidrig auf der mürbelschleppierten Chaussee drei Kilometer vor der Stadt. Parker, Stone und die schwarze Gesellschaft brauchten, so gut wie ich, zunächst ein paar Ruhetage. Soweit war die Sache gut. Aber was dann?

Doch die Welt steht nicht still, wenn wir selbst keinen Weg mehr sehen. Während ich, alle Fragen und Sorgen des Tages vergessend, noch in tiefem Schlofe lag, war ein ereignisvoller Tag angebrochen.

Mein erster Gang galt dem Hauptkassant und seinem Direktor. Der Herr empfing mich mit einer Herlichkeit, welche keiner der mir bekannten europäischen Zollbeamten, deren Herzlichkeit gemäßigt zu sein pflegt, auch nur entfernt erreicht hätte.

„Sehr angenehm, Herr Gsch!“ Entzückt, Sie zu sehen, Herr Gsch!“ rief er mir entgegen, indem er gleichzeitig seinen Ärmel hinter den Rücken schob, was ein Zeichen für die besten Beziehungen gegen zwei Uhr morgens. Ich gratulierte Ihnen zum Sieg Jonathan! Das wird Ihr Glück machen; ich bin fest überzeugt, daß Sie Ihre Glück machen. Mein Ärmel hat zwar ein verteiltes Häufchen Geld verloren; der wird Ihnen nicht gratulieren. Aber er hat mir die Bitte förmlich eingedrängt. Geseht Sie recht, dem Querschnitt! Er konnte sich doch denken, daß ich Elefanten besser beurteilen kann als er. Ja und Sie, Herr Gsch! Ha!“

Der preussische Oberkirchenrat für das Kaisergebet

„Ein Akt christlicher Teilnahme“

Der Bund religiöser Sozialisten Deutschlands wandte sich im August d. J. an den preussischen evangelischen Oberkirchenrat und machte diesen darauf aufmerksam, daß im gottesdienstlichen Schlußgebet vielfach noch des ehemaligen Kaisers gedacht wird. Er ersuchte den evangelischen Oberkirchenrat, den Geistlichen ermahnen nachdrücklich die Anweisung, die der evangelische Oberkirchenrat kurz nach der Revolution in Bezug auf die Form des Gebets gegeben hat, in Erinnerung zu bringen. Damals wurden die Geistlichen angewiesen, die Form des Gebets den neuen Verhältnissen entsprechend zu ändern. Die Antwort, die der evangelische Oberkirchenrat nunmehr dem Vorstand des Bundes religiöser Sozialisten Deutschlands am 7. Oktober übermittelte hat, verdient der breitesten Öffentlichkeit bekannt gegeben zu werden. Es heißt da:

„Das fürbitende Gebeten des ehemaligen Kaisers, der zugleich der Träger des obersten Ackerregiments unserer Bundeskirche gewesen ist, stellt als Akt christlicher Teilnahme weder eine Herausforderung vor, noch stellt es die politische Neutralität der Kirche in Frage und unterliegt daher entgegen der vorliegenden Annahme an sich keiner Beanstandung. Nur die Form und die Fassung der Fürbitte können gegebenenfalls ein Gegenstand der Nachprüfung sein. In dieser Beziehung erkennen wir nach den von uns gemachten Beobachtungen keinen Anlaß, unsere frühere Anweisung allgemein zu wiederholen.“

Diese Antwort stellt eine Herausforderung für alle republikanisch und sozialistisch gesinnten Mitglieder der evangelischen Landeskirche dar. Wir möchten dem evangelischen Oberkirchenrat die vor einigen Tagen im preussischen Landtag eingebrachte kleine Anfrage des Abg. Kallmann (Dramburg) als Material für seine Beobachtungen an Hand geben. In dieser Anfrage heißt es u. a.:

„Der Pastor Glümacher in Janikow bei Dramburg, der die Kirchengemeinden Janikow, Gohz und Jomah zu versorgen hat, betet im Allgemeinen Kirchengebet folgendes:

„Daß deine Gnade groß werden über deinen Knecht, Kaiser Wilhelm, über den Kronprinzen und seine Gemahlin und das ganze königliche Haus, insbesondere über den jungen Prinzen Wilhelm; laß ihn aufwachen als Deutschlands Hoffnung und nehme ihn in Weisheit, Mitleid und Gnade bei dir und den Menschen... Daß deine Gnade wieder ruhe auf seinen Fürsten und freien Städten.“

So stellt sich der „Akt christlicher Teilnahme“ dar, der nach Ansicht des preussischen evangelischen Oberkirchenrats „keine Herausforderung“ bedeuten soll. Die republikanisch gesinnte Arbeiter- und Angehörigenklasse, die nach der evangelischen Landeskirche angehört, wird sich danach wohl überlegen, ob sie weiterhin an einer Institution beistehen will, die offen für die Wiederkehr der Monarchie kämpft. Die preussische Regierung aber möchten wir fragen, wie lange noch einer derartigen Institution Millionen aus Mitteln der Steuerzahler zur Verfügung gestellt werden sollen.

Belgische sozialistische Bürgermeister in Köln

Am Samstag kamen von Düsseldorf einige spanische belgische Genossen nach Köln. Die Genossen machen in ihrer Eigenschaft als Bürgermeister kleinerer und größerer belgischer Gemeinwesen eine Studienreise durch eine Reihe deutscher Städte, wobei namentlich das Siedlungsweesen Berücksichtigung findet. In Düsseldorf hatten sie sich die verschiedenen Einrichtungen angesehen, in Köln studierten sie eingehend die große abgeschlossene Arbeiterkolonie in Köln-Nauenheim und die Gartenfriedlung in Widenhof.

Die belgischen Genossen nahmen allerbald Anregung mit. Sie brachten aber auch manchen neuen Gedanken, der sich in unserer künftigen Arbeit auswirken wird. Ganz abgesehen davon, daß die persönliche Führung über die Grenzen hinaus eine unbedingte Notwendigkeit ist, wenn edle internationale Solidarität wachsen soll, bringen derartige Besuche aber auch unmittelbar praktische Erfolge. Unsere belgischen Genossen haben schon in der Bezirksarbeit vorbildliche, gewissenhafte Arbeit geleistet. Wir können von ihnen lernen, und sie haben gerne die

Möglichkeit wahrgenommen, die neuesten Errungenschaften im deutschen Siedlungsweesen kennen zu lernen. Allgemein äußerten die Freunde große Befriedigung.

Deutscher Reichstag

Berlin, 23. Oktober.

Beginn vormittags 11 Uhr. Auf der Tagesordnung stehen zunächst keine Anfragen.

Auf eine Anfrage des Abg. Siebel (Soz.), welche die Vermutung ausdrückt, daß die Landwirtschaft absichtlich Kartoffeln zurückhalten, um höhere Preise zu erzielen, wird erwidert, daß an Regierung, alle davon nichts bekannt ist.

Die demokratische Interpellation zur Lehrerbildungsfrage wird von der Regierung in der geschäftsordnungsmäßigen Frist beantwortet werden.

Die Regelung der Beförderungsvorschriften wird dem Ausschuss überwiesen.

Der Gesetzentwurf über die Pfändbarkeit von Gehaltsansprüchen und ebenso begehrt über die Verlängerung der Arbeitsunfähigkeitsfrist für die während der Erkrankung der Arbeiter angefallenen Entlohnungen. Die dritten Lesungen der Vorlage für die Verlängerung der Arbeitsdauer des Reichspräsidenten und über die Entlohnung der Reichspräsidenten wird bis 11 Uhr zurückgestellt; da wegen der schließlichen Arbeit des Reichstags die Regierungsbereiter zum Angelegenheitlich noch nicht zur Stelle sind, muß eine Pause bis 12 Uhr mittags eintreten.

Nach der Pause kommt das Angelegenheitgesetz zur dritten Lesung.

Reichsarbeitsminister Brauns bittet nochmals, die höheren Beamten und Direktionsmitglieder als Beamte auf Lebenszeit anzustellen. Für den Fall der Ablehnung dieses Wunsches empfiehlt er einen vom Zentrum eingebrachten Entlohnungsantrag, daß die lebenslange Anstellung in den ersten drei Jahren der Amtszeit wieder rückfällig sein soll.

Nach kurzer Debatte wird der Hauptantrag auf lebensdauerliche Anstellung mit 210 gegen 132 Stimmen abgelehnt und der Zentrumsantrag mit 207 gegen 174 Stimmen angenommen. Ebenso gelangt das ganze Gesetz mit obiger Abänderung zur Annahme.

Es folgt die Schlußabstimmung über die Amtverlängerung des Reichspräsidenten.

Ein Gesetzentwurf von A. Reuber auf Lebensdauerliche Amtverlängerung des Reichspräsidenten bis 30. Juni 1925 mit 212 gegen 76 Stimmen angenommen, bei einer Stimmenthaltung.

Präsident Loebe stellt fest, daß die Annahme des Antrags mit der für Verfassungsänderungen notwendigen Zweidrittelmehrheit erfolgt ist. Durch diesen Beschluß wurde das bisherige Provisorium beendet und der gegenwärtige Präsident Ebert ersucht, sein Amt als Reichspräsident bis 1925 weiter zu führen.

Ein deutschnationaler Antrag, der die Verkündung dieses Beschlusses auf 8 Monate hinausschieben will, um hierzu einen Volksentscheid herbeizuführen, wird in namentlicher Abstimmung mit 310 gegen 77 Stimmen bei 10 Stimmenthaltungen abgelehnt.

Präsident Loebe: Der Antrag hat nicht das für solche Fälle vorgeschriebene Drittel der Stimmen erhalten. Der erste Beschluß tritt damit sofort in Wirksamkeit. Das Wahldatum des Reichstags wird sich unmittelbar nach Schluß der Sitzung zum Reichspräsidenten befinden, um ihn zu fragen, ob er diesem Verlangen zustimmen will.

Der Schluß der Abstimmung über die Getreideumlagen beantragen die Abg. Reuber (Soz.) und Reuber (Unabh.) nochmals die Wiederaufnahme der Debatte, zumal eine Regierungsentscheidung eingetreten ist. — Der Antrag wird nach längerer Geschäftsordnungsdebatte abgelehnt und die Getreideumlagen nach den Beschlüssen der 2. Sitzung mit 238 gegen 160 Stimmen angenommen.

Abg. Reuber (Unabh.) beantragt zur Geschäftsordnung, die Sitzung auf eine Stunde auszusetzen und die Reichskanzler zu ersuchen, in der neuen Sitzung darüber zu berichten, auf welche Parteien er sich in Zukunft zu stützen gedenkt. Nach dem Ausfall der Abstimmung über die Reichskanzler vor der Unmöglichkeit, seine bisherige Politik fortzuführen. Daher müsse er den Reichstag auflösen und an die Wähler appellieren. — Der Antrag wird abgelehnt.

Sodann wird das Gesetz, das die Gehaltsänderungsgrenze auf 120 000 M festsetzt, in 3. Lesung angenommen.

Das Haus verläßt sich um 3 Uhr auf den 7. November nachmittags 3 Uhr. Die Beschäftigung der Tagesordnung bleibt dem Reichspräsidenten überlassen.

12. Berlin, 24. Okt. Der Steuerauschuß des Reichstages befachte sich heute mit der Angelegenheit. Es wurde ein

das müssen Sie geben. Oberst Dicot, einer unterer schneidigen Kongressleute — ich gratuliere Ihnen dazu, daß Sie mit dem bescheiden sind. Ich habe schon öfter von ihm gehört und wollte, er wäre mein Freund!“

„Und dagegen ist nichts zu machen?“ fragte ich halb beäugt.

„Zu machen? Was wollen Sie dagegen machen?“ fragte der Direktor. „Ich gratuliere Ihnen zu Ihrem Freund, und Sie wollen etwas dagegen machen?“

„Aber das Geld sollte nicht Dicot, sondern ich erheben!“ Dicot hatte nicht entfernt die Verzeichnung —

„Was ist er nicht Ihr Freund?“

„Geh!“ aber wie bekomme ich jetzt das Geld von dem Obersten?“ fragte ich aufs heftigste beunruhigt.

„Ja, das ist eine ganz andere Sache, lieber Herr Gsch,“ besetzte der Direktor und presste einen leisen, dünnen Witz durch seine schmalen Lippen. „Dies geht das Kollant eigentlich nicht an. Ich würde ihn schreiben.“

„Donnerwetter!“ rief ich mit überwallendem Gefühl, das will ich auch. Einen gewöhnlichen Brief!“

„Ein Kongressmann, der vierundzwanzig Stunden nach der Annahme einer derartigen Verordnung vierhundert Dollar aus der Hauptkassantenschatzerei von Louisiana. Das Ereignis des Morgens hatte mich unruhig gemacht. Ich wollte wenigstens zunächst die siebenhundertfünfzig Dollar fordern — meinen Ehrenpreis für den besten Dampfmaschin, den ich mir weitrühmend verdient hatte. „Wer weh?“ dachte ich, „ob mein gewießer Freund Delano mit dem beschriebenen Betrag nicht schon auf dem Weg nach der Savanna ist!“ (Fortsetzung folgt.)

Aus der Dmior

Karlruhe, 25. Oktober

Geschichtskalender

25. Oktober. 1647 Der Physiker Torricelli, Erfinder d. Barometers, in Florenz. — 1800 Macaulay, engl. Geschichtsschreiber, in Rothley Temple. — 1906 Der anarch. Theor. W. Striker (Kasp. Schmidt) in Barceuth.

Karlsruher Parteinachrichten

Bezirk Oststadt, Mittwoch, 25. d. M., Punkt 8 Uhr, findet im „Scheffelhof“ eine wichtige Besprechung sämtlicher Parteifreund- und Strafenobstleute der Ver. Jos. Parteien statt. Eröffnen ist Pflicht.

Bezirk Weststadt. Die Bezirkskassiere, Strafenobstleute und Vertrauensleute werden hiermit zu einer wichtigen Besprechung auf Freitag, 27. Oktober, abends 8 Uhr, in das Lokal „Unter den Linden“, Ecke Poststraße und Kaiserallee, eingeladen. Es ist Pflicht aller, zu erscheinen.

Die künftige Jüdenverewirtschaftung

Im Restaurant „Edenrothen“ fand Montag vormittag eine Besprechung über die künftige Jüdenverewirtschaftung statt, zu der sämtliche Kolonialwarenhändlergruppen und Ortsgruppen der Landeszentrale des badischen Einzelhandels aus dem ganzen badischen Lande Vertreter gesandt hatten; insgesamt waren nahezu 300 Personen anwesend. Die Versammlung wurde mit einem längeren Referat des Herrn Verbandsdirektors Steinle eingeleitet, das ein Bild über die hinsichtlich der Jüdenverewirtschaftung 1922/23 bei den maßgebenden Behörden in Berlin und dem badischen Ministerium des Innern gepflogenen Verhandlungen und über den praktischen Erfolg dieser Verhandlungen ergab. Herr Steinle wies darauf hin, daß die badische Regierung als beinahe einzige Regierung im Reich auf der Wiedereinführung der Kundenlisten besteht. Während aber bei der früheren Jüdenverewirtschaftung der Jüden die Kommunalverbände die Arbeit und die Verantwortung für eine gleichmäßige Verteilung der Waren in die Hände der Einzelhändler gelegt. Der Redner mahnte den Einzelhändler, auf peinlichste Sorgfalt und Gewissenhaftigkeit bei der Aufstellung der Kundenlisten zu achten und ging sodann auf nähere Details der Art der Jüdenverewirtschaftung im Wirtschaftsjahr 1922/23 ein, die wertvolle Fingerzeige für die Anwesenden seien. Für die Allgemeinheit interessant ist daraus, daß pro Monat auf den Kopf der Bevölkerung 1 kilo Zucker entfällt, daß der Verbraucher sich bei einem von ihm frei gewählten Geschäft eintragen lassen muß und daß Mehrfacheinträgen mit schweren Strafen belegt werden. Zur übersichtlicheren Durchführung hat der Einzelhandel Baden beschlossen, jedem Kunden für seine Familie als Bezugsausweis eine Zuckerkarte zu übergeben, für die seitens der Landeszentrale ein bestimmtes Kontingent ausgerechnet wurde. Jeder Verbraucher kann dann den auf sich und seine Familie entfallenden Zucker allmonatlich, innerhalb einer bestimmten Frist abholen. Bemerkenswert ist, daß bei der Zuckerverteilung auch die Gesundheitsfragen des Einzelhändlers als Gesichtspunkt zu berücksichtigen sind. — Das Referat löste eine längere Diskussion aus, die zunächst wohl eher den Eindruck der Unzufriedenheit mit der Einführung der Kundenlisten machte, doch er sich aus der Lösung von der bisherigen Verewirtschaftung eine wesentliche Verbesserung der Zuckerverewirtschaftung abzuwickeln. — Auf Veranlassung der Herren Kubermüller, Korfmann und Kurh-Nurzwangen wurde in der Auseinandersetzung einstimmig Herr Verbandsdirektor Steinle als Leiter der Jüdenverewirtschaftung bestätigt. Die Festlegung bestimmter Richtlinien hinsichtlich der Verdienstspanne, die beim Ministerium beantragt werden soll und die Vorbereitung aller übrigen Einzelheiten wurde in die Hände einer Kommission gelegt. Sodann wurde die Versammlung, die absolute Einmütigkeit des gesamten badischen Einzelhandels zur Anwendung aller Mittel, welche eine zufriedenstellende Verewirtschaftung der Verbraucherschaft mit Zucker ermöglichen können, ergab, geschlossen.

Von anderer Seite geht uns zur Zuckerverewirtschaftung noch folgendes zur Auffklärung zu:

Die Wiedereinführung der Kundenlisten, über die im obenstehenden Artikel der Sonntagausgabe des „Karlser Tagblatt“ berichtet wurde, ist der Ansicht einer rein preußischen Verwaltung und trifft für den Verkauf von Zucker nicht zu. Während in Preußen die Zuckerkarte wieder eingeführt werden soll, soll in Baden nach einer solchen Entscheidung, amtlichen Bekanntmachung die Zuckerverteilung auf Grund von Kundenlisten durchgeführt werden. Diejenigen Verbraucher, die Zucker zu beziehen wünschen, tragen sich in die Kundenlisten der Kleinhandlungen ein; um Doppelanmeldungen vorzubeugen, sind im Bezirk der Stadt Karlsruhe bei diesen Einschreibungen die Ausweisnummern des Fahrzeugmittels vorzulegen, auf welche der Kleinhandlungen die erfolgte Aufnahme in seine Kundenliste durch Aufdruck des Firmenstempels vermerkt. Auf dem Lande wird die Kontrolle der Listen durch die Bürgermeistereierämter ausgeübt.

Die in Baden erforderlichen Mengen Zucker werden von den Fabriken Hochhaus, Stuttgart und Frankfurt bereitgestellt. Die Belieferung an den Einzelhandel erfolgt durch den Großhandel und zwar auf Grund der von den Bürgermeistereierämtern an Hand der Kundenlisten auszustellenden Bezugsbescheine. Der Ladenpreis des Zuckers ist noch nicht endgültig festgelegt; er wird aber wohl annähernd 100 Mark für das Pfund betragen.

Gygiene

Im England sind 75 Chemiker damit beschäftigt, für die am weitesten fortgeschrittenen der Welt zu sorgen. Das heißt: wer denn leckt (an den Markten), darf kein Verdrucken bekommen. Es soll weder seiner Zunge noch seinen Lippen noch seinem Gekrümmer Schaden. Ein gewisser Wohlgeschmack verleiht das Vaterlandsgeschmack. Auch bei uns wird der Marktgeschmack wieder auf seine Verträglichkeit hin untersucht, und vielleicht wird auch die Anzahl der Verkoster-Kategorien festgestellt. Das wäre gesundheitlich wichtig. Heute, die am Verkosten sind, können möglicherweise mit dem Genuss billiger Wiesmarien über die schlimmste Zeit hinwegkommen. Aber selbst, wenn ihnen das nicht gelingt, werden sie in dem tröstlichen Bewußtsein verweilen, daß für den Gesundheitszustand der Kulturvölker in einer Weise gesorgt wird, wie unsere Väter sich sicher nicht träumen ließen. Denn die hatten wohl Bier und Schinken, aber keine hygienisch gepußten Wiesmarien.

Die Geschlechtskrankheiten und ihre Folgen

Heute abend 8 Uhr findet im Konzerthaus die letzte Vorführung des Films „Die Geschlechtskrankheiten und ihre Folgen“ statt.

„Kämpfung“ statt. Erfreulicherweise war der Besuch der städtischen Vorführungen ein guter. Ein Beweis dafür, daß gerade das Bildbild ein außerordentlich wertvolles und praktisches Mittel zur Aufklärung über die Geschlechtskrankheiten darstellt. Der Film ist überaus belehrend und bietet rein wissenschaftliche Aufklärung. Er wird begleitet von Vorträgen dieser Art. Ein Besuch der Vorführungen dient nicht nur im Interesse des Einzelnen, sondern der Sache der Volksgesundheit. Er wird durch ein guter Dienst geleistet. Verdienste deshalb niemand, heute abend, dem letzten Tag der Vorführung, sich im Konzerthaus einzufinden, denn Aufklärung ist vor allem notwendig, wenn die Geschlechtskrankheiten erfolgreich bekämpft werden sollen. Die Vorführung beginnt um 8 Uhr.

Der Dollar steigt immer höher

und damit auch das Geld der arbeitenden Klasse. Auffklärung ist darum notwendig! Deshalb, Arbeiter, Angehörige, Beamte, Republikaner, besucht die

Öffentliche Volks-Versammlung

am Donnerstag, 26. ds. Mtz., nachmittags 1/2 5 Uhr, im großen Festhallaal in welcher

Reichskanzler a. D. Hermann Müller

Reichstagsabg. aus Berlin, Vorsitzender der sozialdem. Partei Deutschlands, sprechen wird.

Eintrittskarten bei den Betriebsvertrauensleuten, Exp. des „Karlser Tagblatt“, „Karlser Tagblatt“, sowie bei Gen. Lang, Kaiserstraße 46.

„Derbstreicher des Deutschen Metallarbeiterverbandes.“ Sonntag, 25. ds. Mtz., nachm. 5 Uhr, veranstaltet die hiesige Verewirtschaftsstelle des Deutschen Metallarbeiterverbandes im großen Festhallaal eine großartig angelegte Herbstfeier, wozu die Verewirtschaftskommission ein hübsches, durchwegs künstlerisches Programm aufgestellt hat. Es enthält zur Einleitung einen Orgelvortrag, dem folgen Operarien, Rezitationen, Tänze, ein Kostümstück „Das heiße Eisen“ von Hans Sachs, sowie ein Lang- und Operetten-Duett. Die Leitung hat Direktor Hans Blum übernommen. Als weitere Mitwirkende kommen folgende Mitglieder des Ortsverbandes in Betracht: Josef Landwehr, Eise Noormann, Margarete Pir, Wini Daine, Annie Gauer, Hans Biffard, Fritz Herz, Willi Schwenke und als Organist Theodor Waaner. Den Schluß des Abends, dessen Besuch jedem empfohlen werden kann, bildet der übliche Tanz, zu dem das Orchester des Deutschen Musikerverbandes unter Leitung des Direktors aufspielen wird. Es steht also den Teilnehmer der Veranstaltung ein überaus genussreicher Abend bevor.

„Eine rote Tat.“ Man schreibt uns: Der Miet einer Wirtschaft in der Waldstraße (Mittelstadt) hat am Freitag Abend seinen Hausdiener wegen ganz geringen Auseinandersetzungen auf den Boden getrieben und mit Fäusten und Füßen bearbeitet. Von einem Stammsack als Augenzeugen auf seine rote Tat aufmerksam gemacht, erklärte er, daß der Hausbesitzer schon ein Menschenalter bei dem Vorhaben des jetzigen Mieters zur Zurechtweisung angetrieben war. Aber so brutal worden heute arme alte Menschen behandelt.

„Eine astronomische Erscheinung.“ Eine Sternbedeckung durch den Mond findet am 6. November, abends nach 11 Uhr statt. Der helle Fixstern Aldebaran, der wälsche Hauptstern des Sternbildes des Stieres, wird von dem fast vollen Mond unserm Auge für über eine Stunde entzogen. Der Eintritt findet am linken „östlichen“ Mondrand statt. Bedeckungen heller Sterne durch den Mond sind recht selten.

„Zentralverband der Invaliden und Witwen Deutschlands.“ Am letzten Mittwoch, 18. ds. Mtz., sprach in einer vom Zentralverband einberufenen Versammlung im „Bach“ der von dem Zentralverband entsandte Agitationsbeamte Schneider. Leider war die Versammlung im Verhältnis zu der Mitgliederzahl und den sonst hier anfalligen Invaliden, Alters- und Unfallrentnern viel zu schwach besucht. Schade, daß diejenigen, die es besonders angeht, nämlich die noch abseits stehenden Leidensgenossen, die eindrucksvollen Worte des Redners nicht gehört haben. Als Wutier getönelter Verbandskollegen wurden die Genossen der Pfalz, besonders in Kaiserlautern und Speyer, bezeichnet, wo im Verhältnis zur Einwohnerzahl sehr starke Ortsgruppen bestehen. Ihrer Stärke entsprechend sind auch ihre Erfolge bei den Fursorgestellen. So haben z. B. die Verbandsmittelglieder in Speyer neben Würzburg für den Winter bereits 3 Zentner Kartoffeln und 3 Zentner Kohlen erhalten. Es würde zu weit führen, wenn der Berichterstatter den ganzen Vortag eingehend behandeln wollte. Nur nebenbei noch, daß am Reichsarbeitsministerium und an den Berufsorganisationen scharfe Kritik geübt und die Bevorzugung der Kleinrentner getadelt wurde. Auch sollten die geschunden Arbeiter mehr noch wie bisher ihre Sympathie den Arbeitlosen zuwenden.

„Anerkennung verdient das entgegenkommen der Stadtverwaltung, welche der hiesigen Ortsgruppe die städt. Wärmeballe zur Abhaltung der monatlichen Vereinsveranstaltungen zur Verfügung gestellt hat.“

„Für die Vertriebenen und Flüchtlinge.“ Der 31. Dezember ist der letzte Tag, an dem Entschädigungsanträge aufgrund des Verdrückungsschadengesetzes eingereicht werden können. Näheres ist bei jeder Ortsgruppe des schachlohnrechtlichen Hilfsverbandes zu erfahren.

Esch die Wahlkartei nach

Sie steigt diese Woche von 9-5 Uhr in der neuen Gewerbeschule, 3. St., auf. Es empfiehlt sich, daß von jedem Bezirk ober von jedem Haus jemand beauftragt wird, für sämtliche in dem Bezirk befindliche oder im Haus wohnende Wähler und Wählerinnen die Eintragung in die Wahlkartei zu übernehmen.

„Ehre.“ Der Stenographenverein „Gabelberger“, der bereits am 18. Oktober 1872 gegründet wurde, feierte letzten Sonntag sein 50. Stiftungsfest. Am Samstag und Sonntag früh wurden die auswärtigen Gäste und Teilnehmer empfangen. Sonntag vormittag fand in der städtischen Handelsschule ein Festessen statt, das anerkenntenswertere Resultate zeitigte. Den Mittelpunkt des Jubiläumstages bildete der Festakt im großen Rathaushalle. Der 1. Vorsitzende, Herr Bandtags-Stenograph Seibert, konnte zunächst die zahlreich erschienenen Gäste begrüßen; verdrückend Gedächtnis hat den Begrüßungs-Schreiben gesandt. Heute, so führte Seibert aus, am Tage der Freude und des Dankes, können wir mit Stolz unserer Tätigkeit gedenken. Leider brang anfangs die Stenographie nicht die Beachtung, die sie verdient. Im aller Deutlichkeit lag die Vereinsgeschichte an dem geistigen Auge der zahlreichen Festteilnehmer vorüber. Heute zählt der Verein 700 Mitglieder. Hoffen wir, daß die Stenographie Gemeingut aller Gebildeten werde. Der Vertreter der Handelskammer, Herr Stein, Leiter des Prüfungsausschusses für Kurzschrift, überbrachte dem Verein die herzlichsten Glückwünsche. Kurze Begrüßungsansprachen hielten noch der Vorsitzende des badischen Verbandes und ein Teilnehmer aus Speyer. Der Redner, Herr Kreisstaatsrat Prof. Fass-Dornstadt, entwarf folgende Gedanken: Karlsruhe war die Geburtsstätte der Einheitsstenographie. Im November vorigen Jahres kam zwischen den verdrückten Stenographen-Schulen eine Einigung zustande. Im Januar dieses Jahres fand eine Regierungskonferenz in Berlin statt, Juli 1922 wurde bereits der Entwurf der Einheitsstenographie bekannt gegeben. Man kann die Einheitsstenographie als gefestigt betrachten. Das öffentliche Leben kommt ohne Schreibmaschine und Stenographie nicht mehr aus. Mit den Worten „Ein Wort, eine Sprache, eine Schrift und auch eine Kurzschrift“ schloß der Kurzschriftliebhaber Fass seine kurze Einleitungsgeschichte. Einige Herren der „Polonia“ umarmten mit Eifer den Festakt. Abends fand in der „Eintracht“ noch ein Unterhaltungsabend statt, wozu der gemittelte Teil zu seinem Rechte kam. Das entsprechende Programm fand Besatz. Sodann wurde die Frühung verschiedenes langjähriger Mitglieder vorgenommen. Im nachfolgenden Ball vergnügte sich die Anwesenden.

„Die richtige Jüdenkartei verpaßt haben einige Mitarbeiter, die uns gestern überbrachten. Wie die Ueberbringerin mitteilte, sind die recht lebhaften reissenden Gesellen in ziemlicher Nähe der Erdoberfläche gefunden worden, so daß man annehmen muß, daß ihnen die kalte Witterung besser zukam als der geplanten Menschheit. Ober soll es ein Zeichen dafür sein, daß der Winter doch nicht allzugroße kalt wird? Möge diese Hoffnung sich erfüllen!“

„Ueberseherbüchlein.“ Aus hiesigen Kaffees und Restaurants wurden in letzter Zeit mehrere Ueberseher durch unheimliche Täter entwendet.

„Mieterversammlung.“ Für die Weststadt findet heute abend 8 Uhr im Saal des ev. Gemeindehauses Wälderstraße eine Mieterversammlung statt. Im Interesse der Mieter liegt es, diese Versammlung zu besuchen.

„Landestheater.“ Zu allen Vorstellungen für die Volksschüler, die im Landestheater stattfinden, besonders für die am Sonntag, den 29. Oktober, nachmittags 2 Uhr, stattfindende Aufführung von Nilons „Martha“, stehen sämtliche Plätze des 4. Rang und eine beträchtliche Anzahl von Plätzen der übrigen Ränge zum allgemeinen Verkauf zur Verfügung.

„Kunstler Klaus Steben.“ Am Freitag, 27. Okt., im Eintrachtssaal. Der Künstler bringt alles mit, was ihn als Rezitator aus der großen Menge der „Kunstler“ heraushebt. Ein kunstvolles, durchgearbeitetes, modulationsfähiges Organ, sichere Gestaltung und Detaillierung des Vortrags, der Bildung, individuelle Auffassung, Komposition und die künstlerische Beherrschung, die auf regionalen Blängen auf Kosten der Dichtung unter allen Umständen verdrängt. Karten sind bei Fritz Müller, Kaiserstraße, Ecke Waldstraße, zu haben.

„Geigabend Josef Reischer.“ Das prächtige Programm für das diesjährige Konzert des so überaus hellen Künstlers wird die große Beliebtheit Reischer zeigen. Es beginnt mit großen „small Sonate“ von Beethoven, als prächtiger Gegenhalt hat die „Duo Violin-Flöte“ von Mozart. Eine selten geübte Violin-Sonate von Händel wird besonders interessieren. Kleine Stücke alter Meister in der trefflichen Virtuosenbearbeitung von Kreisler bilden den Abschluß des vielbesprechenden Abends, der kommenden Donnerstag den 26. Oktober, abends halb 8 Uhr im Eintrachtssaal stattfindet. Karten bei Kurt Neufeld.

„Geweidte Tiererbände.“ Scherz nachmittag wurde ein wohnungloser Käfer aus Heilbronn festgenommen, weil er vor dem Gebäude der Kriminalpolizei in der Gartenstraße hier ein angeschlossenes Fahrrad entwendet hat. Seine Ehefrau, welche bei dem Diebstahl „Schmerer“ hant, wurde ebenfalls verhaftet. — Außerdem wurden festgenommen: Ein Sozialist aus Speyer, der aus dem hiesigen Anstaltsgefängnis entwichen war, sowie sechs Ausländer zur Entrichtung der Aufenthaltslage.

Valuta Bericht vom 24. Oktober

Die Markt notierte heute in der Schweiz ca. 0.12 1/2 Goldauszahlung Holland notierte etwa 1750 Mark per holl. Gulden. Auszahlung Schweiz notierte etwa 810 Mark per Schweizer. Auszahlung England notierte etwa 1905 Mark per Sterl. Auszahlung Frankreich notierte etwa 815 Mark per franz. Fr. Auszahlung Kopenhagen notierte etwa 4430 Mark per Döller.

Wasserstand des Rheins

Schiffermeil 219, gef. 8 Dm. Reß 317, gef. 26 Dm. Maxau 487, gef. 19 Dm. Mannheim 583, gef. 6 Dm.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe

Todesfälle. Ga. Frei, alt 4 Monate 5 Tage, Vater Fridt. Frei, Wälderstr. Aug. Helm, Witt. Weimer, Schwanen, alt 20 Jahre. Werner, alt 2 Monate 20 Tage, Vater Leon, Lorenz, Kaufmann, Hof. Pilschstein, Bräw., Witwe, alt 78 Jahre. Eberlin Ochs, Wälderstr. Schemann, alt 71 Jahre. Marie Haag, alt 64 Jahre. Oshelron, des Maurermeisters Johann Haag, Hermann Weimer, Hofstraße, Schemann, alt 44 Jahre. Fritz, alt 1 Jahr 4 Monate 14 Tage, Vater Franz Kroll, Hof. Verdrückungs- und Trauerhaus erwachsener Verdrückten. Dienstag, den 25. Oktober, 3 Uhr: Hermann Weimer, Bahnarbeiter, Wälderstr. 16. 3 Uhr: Ludwig Klein, Eisenbahn-Schaffners-Gehilfe, Wälderstr. 6. 4 Uhr: Severin Ochs, Wälderstr. Wälderstr. 44. 8 1/2 Uhr: Antje Haag, Maurermeister-Gehilfe, Wälderstr. 6, Friedhof Wälderstr.

Arbeiter! Werbet für den Volksfreund.

Spare Gas mit Yegea! REGEE-SPARGLÜHKÖRPER VERBOGEN LAUT WISSENSCHAFTLICHER FESTSTELLUNG EINE GASERSPARNIS VON 25%

Die Anträge zum badischen Parteitag in Offenburg

IV. Gemeindepolitik

33. Der Parteitag möge beschließen, die Reichstagsfraktion zu beauftragen, sie möge bei passender Gelegenheit dar- über bitten, daß die Gemeindeanteile am Ertrag der Ein- kommensteuern eines gewerblichen Betriebes dem- jenigen Gemeinde, auf deren Gemarkung sich der industrielle Betrieb befindet, billigerweise zuzuteilen, auch dann, wenn sich die Zahlung des Unternehmers in einer anderen Gemeinde befindet, zumal die betreffenden Gemeinden auch die daraus resultierenden sozialen Lasten zu tragen haben.

34. Der Parteitag möge die Landtagsfraktion auffordern, die Frage zu prüfen, ob nicht ein Antrag auf Aenderung des § 88 der Gemeindeordnung in dem Sinne beim Landtag gestellt werden sollte, daß in dem mit der Dotation der Gemeinden der Bürgergenossenschaft nicht durch einen Beschluß der Mehrheit der Gemeindevorstande, sondern durch einen Beschluß der Mehrheit der Gemeindevorstande und zwar ohne Gewährung einer Entschädigung aufgehoben werden kann.

35. Den sozialdemokratischen Gemeindevorstandern wird es zur dringenden Pflicht gemacht, gegen alle Bestrebungen auf Ent- kommunalisierung von gemeindlichen Anlagen, wie Wasserführung u. gemischtwirtschaftlichen Betrieb usw., entsetzten Widerstand zu leisten.

36. Die Partei möge bei der badischen Regierung beantra- gen, daß in der bevorstehenden Vollzugsverordnung zur Ge- meindeordnung die Bestimmung aufgenommen werde, daß die Gemeinden verpflichtet sind, jedem neu einmündigen Gemeindeglied und Gemeindevorstandeten ein Exemplar der Ge- meindeordnung auf Gemeindefosten auszugeben.

V. Reichspolitik

37. Durchführung der Schulgesetze. Die Par- tei möge dafür eintreten, daß die Bestimmungen des Reichsgesetzes zum Schutz der Republik vom 21. Juli 1922, sowie des Gesetzes über die Pflichten der Beamten zum Schutz der Republik vom 21. Juli 1922 reiflos vollzogen und daß die Disziplinarkammern nur mit überzeugten Republikanern besetzt werden.

38. Der Parteitag möge beschließen, daß unsere Partei da- für eintrete, daß die Alters- und Invalidenversicherung der heu- tigen wirtschaftlichen Notlage der Arbeiterschaft angepaßt und die Altersversicherung in eine Arbeiterpensionskasse umgewandelt wird.

39. Der badische Parteitag möge beschließen, die Reichstags- fraktion zu ersuchen, sie möge zur Bekämpfung der Notlage der Witwen, der Arbeiter und Kleinrentnerbestrebenden, die weder Rente noch Pension beziehen, den Ausbau der sozialen Versiche- rung in Form einer Witwenversicherung beantragen.

40. Der badische Parteitag möge die Reichstagsfraktion er- suchen, dafür einzutreten, daß bei der Abänderung des Reichsge- setzes über die Alters- und Invalidenversicherung der Kriegsopfer be- schlossen werden und zwar hauptsächlich folgende Punkte: 1. Die infolge Krankheit nur auf Rente angewiesene Kriegsopfer sind so zu versorgen, daß sie ein Existenzminimum haben. Hier- für kommt mindestens die Entlohnung der Gehaltsgruppe 2 der Reichsbefreiungsordnung in Frage. 2. Die Pflegezulage für die- jenigen, die dauernd fremder Pflege bedürfen, ist so zu bemessen, daß auch eine Pflegeperson bezahlt werden kann. 3. Die nach- weisbar erwerbsunfähigen Witwen sollen ebenfalls ein Existenz- minimum im obigen Sinne haben. 4. Für alle übrigen Kriegs- opfer sind die zurzeit geltenden Bestimmungen der Teuerung er- höhend zu erhöhen.

41. Anders der Parteitag auf die vollkommene Anlaufählig- keit der Jungvolksgemeinschaften für die Sozialcenter hinwirken, er- sucht er die Reichstagsfraktion der Vereinigten Sozialdemokrati- schen Partei, ungeachtet der notwendigen Schritte einzuleiten, die den Jungvolksgemeinschaften (Anwalde, Witwen, Waisen und Buben) die gleiche Jungvolksgemeinschaft zu geben, die für die Reichzentren vom Reichstag beschlossen ist. Die unerhöhte und fortschreitende Teuerung macht den sofortigen weiteren Ausbau der bestehenden Jungvolksgemeinschaften durch das Reich zum dringenden Gebot.

42. Der Parteitag möge beschließen, die Reichstagsfraktion zu ersuchen, sie möge beantragen, daß die Pensionierung gelun- der Offiziere unter 45 Jahre, sofern sie nicht kriegsbeschädigt sind, aufgehoben und die dadurch gemachten Gelder den Ein- terbüten und Schwerverletzten zugeführt werden. B. H. z.

43. Der Parteitag möge die Reichstagsfraktion in Berlin, begri- die Reichstagsfraktion ersuchen, bei der Reichsregierung vorstellig zu werden und zu verlangen, daß die den Beamten jeweils zu gewährenden Teuerungszulagen nicht wie bisher nach dem un- gerechten und unsoliden System der prozentualen Zulagen ge- stellt wird, sondern, da die Teuerung für alle Beamten gleich groß ist, auch die Teuerungszulage für alle gleich festgestellt wird.

4. Der Parteitag möge die Reichstagsfraktion in Berlin, begri- die Reichstagsfraktion ersuchen, bei der Reichsregierung begri- beim Reichsfinanzministerium vorstellig zu werden und zu ver- langen, daß die Gewährung von Rinderzulagen auch auf mittel- losen Pflegerinnen ausgedehnt wird, um eine historische Gerechtigkeit gegenüber den Beamten auszugleichen, aber auch, um die durch- weg finanziell schlecht gestellten ärztlichen Armenverbände zu ent- lasten.

Gerichtszeitung

Der Bombenanschlag auf die Mannheimer Börse. In dem Strafverfahren gegen den Nationalsozialisten Paul Janßen wegen des Bombenanschlags auf die Mannheimer Börse wurde Janßen zu 9 Monaten Gefängnis, Stamm zu 6 Monaten Gefängnis und Führer zu 2 Monaten Gefängnis verurteilt. Für Maurice wird eine neue Verhandlung in der nächsten Schwurgerichts- periode anberaumt. Die drei letzten waren angefallen, den Täter Janßen durch Beschaffung des Sprengstoffes usw. unter- stützt zu haben. Allen Angeklagten außer Maurice wurden mit- bewirkende Umstände zugestanden.

Kleine badische Chronik

Mannheim, 23. Okt. Durch Aufbruch eines verschloffenen Wärschrankes im Hause U. 1. 16 wurden in der Zeit vom 13. bis 15. Oktober 13 leinene Kopfschmuckstücke und 15 leinene Handtücher, geg. M. S., gefunden. Als Täter kommt ein Gast in Betracht, welcher vom 10. bis 14. Oktober in der Wirtschaf- tlogerie und mit schwerer ledernerem Koffer angeblich nach Würzburg abgereist sein soll.

Schwenningen, 21. Okt. Am Sonntag mittag brach in dem Fabrikbetrieb der Schreinerer Gustaf Reine ein Brand aus, der aber bald gelöscht werden konnte. Das Feuer entstand in der Porenerie und weimere nach Betriebsstillstand und ist wohl darauf zurückzuführen, daß ein Funken in einem Hausen Hohlbohrer fiel.

Das verkehrte Amt. In unserer Besprechung des Pro- cesses gegen die des Bombenanschlags angeklagten Arbeiter von Durlach haben wir geschrieben, die Oester und Aufwiegler haben aber im Durlacher Besatzamt und in der Durlacher Stadt- verwaltung. Dies sind die wahren Schuldigen. Es liegt hier natürlich eine unüberwindliche Verwickelung vor. Vorstand des Besatzamts ist natürlich kein Oberamtsrichter, sondern der Ober- amtmann. Es handelt sich vielmehr um den Oberamtsrichter R. B. S., der Vorstand des Amtsgerichts Durlach ist. Da- bei ist das Besatzamt Durlach über diese Verwickelung gewaltig aufgeregt, so daß wir wohl annehmen, daß dort bezüglich der republikanischen Gesinnung alles in Ordnung ist.

Rekte Nachrichten

Das Aktionskomitee für das Aufbaugebiet beim Reichskanzler

Berlin, 21. Okt. Der Reichskanzler empfing heute Vertreter des Aktionskomitees für die zerstörten Gebiete der Reichsbahn. Unter der Führung des Redakteurs der „Republ.“, Grun- dungs- Staatssekretär Müller vom Reichsministerium für Wieder- aufbau und Reichstagsabgeordneter Silberstein wohnten dem Empfang bei. Anlaß des Besuchs war der heute erfolgte Abschluß eines Abkommens zwischen dem Aktionskomitee und dem Verband sozialer Bauarbeiter über Materiallieferungen für den Wiederaufbau.

Preis für markentreue Bakwaren
ab Donnerstag, 23. Oktober 1922.
80 Gramm-Brot . . . 18.
250 Gramm-Brot . . . 22.
400 Gramm-Brot . . . 26.
500 Gramm-Brot . . . 30.
Salzwasser- Brot u. u. . . 9.
Freie Väter- Jungung Karlsruhe.

Durlacher Anzeigen.
Stadtverordnetenwahl am 10. Nov. 1922.
Die Wählerliste für die Stadtverordnetenwahl liegt von Donnerstag, den 29. Oktober 1922, ab 3 Tage lang bis einschließlich Donnerstag, den 2. November 1922, jeweils von 9 bis 12 Uhr und nachmittags von 3 bis 6 Uhr, am Sonntag, den 29. Oktober, jeweils von 9 bis 12 Uhr, in den Räumlichkeiten des hiesigen Rathauses (in der früheren Schloss- tulle) zu jedermanns Einsicht auf.

Städtische Wasserleitung. Um die Wasserleitung für die Stadtverordnetenwahl am 10. Nov. 1922.
Die Wählerliste für die Stadtverordnetenwahl liegt von Donnerstag, den 29. Oktober 1922, ab 3 Tage lang bis einschließlich Donnerstag, den 2. November 1922, jeweils von 9 bis 12 Uhr und nachmittags von 3 bis 6 Uhr, am Sonntag, den 29. Oktober, jeweils von 9 bis 12 Uhr, in den Räumlichkeiten des hiesigen Rathauses (in der früheren Schloss- tulle) zu jedermanns Einsicht auf.

Städtische Wasserleitung. Um die Wasserleitung für die Stadtverordnetenwahl am 10. Nov. 1922.
Die Wählerliste für die Stadtverordnetenwahl liegt von Donnerstag, den 29. Oktober 1922, ab 3 Tage lang bis einschließlich Donnerstag, den 2. November 1922, jeweils von 9 bis 12 Uhr und nachmittags von 3 bis 6 Uhr, am Sonntag, den 29. Oktober, jeweils von 9 bis 12 Uhr, in den Räumlichkeiten des hiesigen Rathauses (in der früheren Schloss- tulle) zu jedermanns Einsicht auf.

Städtische Wasserleitung. Um die Wasserleitung für die Stadtverordnetenwahl am 10. Nov. 1922.
Die Wählerliste für die Stadtverordnetenwahl liegt von Donnerstag, den 29. Oktober 1922, ab 3 Tage lang bis einschließlich Donnerstag, den 2. November 1922, jeweils von 9 bis 12 Uhr und nachmittags von 3 bis 6 Uhr, am Sonntag, den 29. Oktober, jeweils von 9 bis 12 Uhr, in den Räumlichkeiten des hiesigen Rathauses (in der früheren Schloss- tulle) zu jedermanns Einsicht auf.

Städtische Wasserleitung. Um die Wasserleitung für die Stadtverordnetenwahl am 10. Nov. 1922.
Die Wählerliste für die Stadtverordnetenwahl liegt von Donnerstag, den 29. Oktober 1922, ab 3 Tage lang bis einschließlich Donnerstag, den 2. November 1922, jeweils von 9 bis 12 Uhr und nachmittags von 3 bis 6 Uhr, am Sonntag, den 29. Oktober, jeweils von 9 bis 12 Uhr, in den Räumlichkeiten des hiesigen Rathauses (in der früheren Schloss- tulle) zu jedermanns Einsicht auf.

Städtische Wasserleitung. Um die Wasserleitung für die Stadtverordnetenwahl am 10. Nov. 1922.
Die Wählerliste für die Stadtverordnetenwahl liegt von Donnerstag, den 29. Oktober 1922, ab 3 Tage lang bis einschließlich Donnerstag, den 2. November 1922, jeweils von 9 bis 12 Uhr und nachmittags von 3 bis 6 Uhr, am Sonntag, den 29. Oktober, jeweils von 9 bis 12 Uhr, in den Räumlichkeiten des hiesigen Rathauses (in der früheren Schloss- tulle) zu jedermanns Einsicht auf.

Städtische Wasserleitung. Um die Wasserleitung für die Stadtverordnetenwahl am 10. Nov. 1922.
Die Wählerliste für die Stadtverordnetenwahl liegt von Donnerstag, den 29. Oktober 1922, ab 3 Tage lang bis einschließlich Donnerstag, den 2. November 1922, jeweils von 9 bis 12 Uhr und nachmittags von 3 bis 6 Uhr, am Sonntag, den 29. Oktober, jeweils von 9 bis 12 Uhr, in den Räumlichkeiten des hiesigen Rathauses (in der früheren Schloss- tulle) zu jedermanns Einsicht auf.

Städtische Wasserleitung. Um die Wasserleitung für die Stadtverordnetenwahl am 10. Nov. 1922.
Die Wählerliste für die Stadtverordnetenwahl liegt von Donnerstag, den 29. Oktober 1922, ab 3 Tage lang bis einschließlich Donnerstag, den 2. November 1922, jeweils von 9 bis 12 Uhr und nachmittags von 3 bis 6 Uhr, am Sonntag, den 29. Oktober, jeweils von 9 bis 12 Uhr, in den Räumlichkeiten des hiesigen Rathauses (in der früheren Schloss- tulle) zu jedermanns Einsicht auf.

Städtische Wasserleitung. Um die Wasserleitung für die Stadtverordnetenwahl am 10. Nov. 1922.
Die Wählerliste für die Stadtverordnetenwahl liegt von Donnerstag, den 29. Oktober 1922, ab 3 Tage lang bis einschließlich Donnerstag, den 2. November 1922, jeweils von 9 bis 12 Uhr und nachmittags von 3 bis 6 Uhr, am Sonntag, den 29. Oktober, jeweils von 9 bis 12 Uhr, in den Räumlichkeiten des hiesigen Rathauses (in der früheren Schloss- tulle) zu jedermanns Einsicht auf.

Städtische Wasserleitung. Um die Wasserleitung für die Stadtverordnetenwahl am 10. Nov. 1922.
Die Wählerliste für die Stadtverordnetenwahl liegt von Donnerstag, den 29. Oktober 1922, ab 3 Tage lang bis einschließlich Donnerstag, den 2. November 1922, jeweils von 9 bis 12 Uhr und nachmittags von 3 bis 6 Uhr, am Sonntag, den 29. Oktober, jeweils von 9 bis 12 Uhr, in den Räumlichkeiten des hiesigen Rathauses (in der früheren Schloss- tulle) zu jedermanns Einsicht auf.

Städtische Wasserleitung. Um die Wasserleitung für die Stadtverordnetenwahl am 10. Nov. 1922.
Die Wählerliste für die Stadtverordnetenwahl liegt von Donnerstag, den 29. Oktober 1922, ab 3 Tage lang bis einschließlich Donnerstag, den 2. November 1922, jeweils von 9 bis 12 Uhr und nachmittags von 3 bis 6 Uhr, am Sonntag, den 29. Oktober, jeweils von 9 bis 12 Uhr, in den Räumlichkeiten des hiesigen Rathauses (in der früheren Schloss- tulle) zu jedermanns Einsicht auf.

die gestörten französischen Gebiete. Der Reichskanzler brachte das Interesse der Reichsregierung über den Vertragsabschluss zum Ausdruck und erklärte, daß er die Durchführung des Ver- trages nach Möglichkeit unterstützen werde. Voraussetzung hier- für sei allerdings, daß man zu einer Einigung über die Höhe der deutschen Kohlenlieferungen komme. Voraussetzung hierfür sei die gedeckelte französische Kohlenlieferung der deutschen Wirtschaft hinreichend Rechnung trage.

Die Reparationskommission fährt nach Berlin

Paris, 21. Okt. Die Reparationskommission hat heute nachmittag beschlossen, Sonntag abend nach Berlin zu reisen, um mit der deutschen Regierung über die Maß- nahmen zu verhandeln, die zum Ausgleich des Budgets und zur Stabilisierung der Mark führen sollen.

Der von der französischen Regierung der Reparationskom- mission vorgelegte Plan einer Finanzkontrolle des deutschen Budgets löst jetzt selbst in Frankreich auf heftigen Widerstand. Nahezu alle Wirtschaftspolitiker halten den Plan Cartours für undurchführbar und sehen in ihm lediglich den Anlaß zu einem weiteren Sturz innerhalb der deutschen Bevölkerung. Schon diese Erkenntnis ist der französischen Öffentlichkeit, die noch vor wenigen Wochen mit ihrer Regierung durch die und die dann ging, nicht anzunehmen. Statt mit Barthou marſchiert Frankreichs öffentliche Meinung in wesentlichen Punkten mit Radburk, der die Auffassung der französischen Regierung zur Lösung des Reparationsproblems ablehnt und der eine Stabilisierung der Mark nur dann für möglich hält, wenn Deutschland eine lange Ruhe zur Ordnung seiner Finanzen eingeräumt wird. Diese Stellungnahme wird mit großer Wahrscheinlichkeit auch die der neuen englischen Regierung sein. Schon jetzt wird von London aus die englischen Kreise mit Entschiedenheit darauf hingewiesen, daß sich in der englischen Außenpolitik kein Wandel eingestellt hat, daß eine weitere Freundschaft zwischen England und Frankreich wie überhaupt von französischer Seite ernstlich nicht in Frage kommen soll. Deutschlands Lage ist gerade im Augenblick wieder äußerst ernst. Neben außerpolitischen Gefahren drohen dem Reich neue innenpolitische Kräfte, die letzten Endes auch bevorzugen werden durch die Währungsnotlage. Es liegt schließlich bei der Entente, Deutschland zu einer Stillefrist in seiner Politik zu ver- helfen. Neue Kontrollmaßnahmen, wie die Poincaré und Ver- thou planen, können naturgemäß nur das Gegenteil von Stillefrist bewirken und nur eine Verschärfung der Situation des Deutschen Reiches herbeiführen. Solten sich nur — und darüber steht die Demagogie und französische Regierungs- führung nicht hinweg — um mit Währungs zu reden, eine lange Ruhe — zur Ordnung unserer Finanzen.

Briefkasten der Redaktion

Freie Turner Hasfeld, R. Bauer, Wankenschlag. Euer Einwendungen kamen erst Dienstag mittag bzw. Dienstag abend in unsere Hände. Also zu spät.
W. R. Sie brauchen den „W.“ in Hinterstüpf nicht schicken, es wird alles von hier aus besorgt.
H. S. Anteil und Stelle können nicht gleichzeitig Mit- glieder des Gemeinderates sein. Werden sie demnach gewählt, so entscheidet das Los, wer bleibt und wer zurücktritt. Für den Abgangenen tritt der gleichen Mitgliedschaft an. Entscheide nachige Bewerber ein. Es ist zulässig, daß die zunächst berufenen Ersatzleute für den eingetragenen Fall zugunsten eines nächst- folgenden Erfahrmannes zurücktreten.

Schriftleitung Georg Schäffler. Verantwortlich: für Ar- tikel, Politische Überblicke und Rekte Nachrichten Hermann Kabeitz für Redaktionspolitik, Aus dem Lande, Gemeindepolitik, Aus der Partei, Gerichtszeitung und Feuilleton Germ. Winter; für Aus der Stadt, Gemeindefortschritt, Soziale Rundschau, Genos- senschaftsbewegung, Jugend und Sport, Briefkasten Josef Eisele; für den Anzeigen- und Briefkasten sämtliche in Karlsruhe.

Veranstaltungsausschuss. Verantwortlich: für Ar- tikel, Politische Überblicke und Rekte Nachrichten Hermann Kabeitz für Redaktionspolitik, Aus dem Lande, Gemeindepolitik, Aus der Partei, Gerichtszeitung und Feuilleton Germ. Winter; für Aus der Stadt, Gemeindefortschritt, Soziale Rundschau, Genos- senschaftsbewegung, Jugend und Sport, Briefkasten Josef Eisele; für den Anzeigen- und Briefkasten sämtliche in Karlsruhe.

Veranstaltungsausschuss. Verantwortlich: für Ar- tikel, Politische Überblicke und Rekte Nachrichten Hermann Kabeitz für Redaktionspolitik, Aus dem Lande, Gemeindepolitik, Aus der Partei, Gerichtszeitung und Feuilleton Germ. Winter; für Aus der Stadt, Gemeindefortschritt, Soziale Rundschau, Genos- senschaftsbewegung, Jugend und Sport, Briefkasten Josef Eisele; für den Anzeigen- und Briefkasten sämtliche in Karlsruhe.

Veranstaltungsausschuss. Verantwortlich: für Ar- tikel, Politische Überblicke und Rekte Nachrichten Hermann Kabeitz für Redaktionspolitik, Aus dem Lande, Gemeindepolitik, Aus der Partei, Gerichtszeitung und Feuilleton Germ. Winter; für Aus der Stadt, Gemeindefortschritt, Soziale Rundschau, Genos- senschaftsbewegung, Jugend und Sport, Briefkasten Josef Eisele; für den Anzeigen- und Briefkasten sämtliche in Karlsruhe.

Veranstaltungsausschuss. Verantwortlich: für Ar- tikel, Politische Überblicke und Rekte Nachrichten Hermann Kabeitz für Redaktionspolitik, Aus dem Lande, Gemeindepolitik, Aus der Partei, Gerichtszeitung und Feuilleton Germ. Winter; für Aus der Stadt, Gemeindefortschritt, Soziale Rundschau, Genos- senschaftsbewegung, Jugend und Sport, Briefkasten Josef Eisele; für den Anzeigen- und Briefkasten sämtliche in Karlsruhe.

Veranstaltungsausschuss. Verantwortlich: für Ar- tikel, Politische Überblicke und Rekte Nachrichten Hermann Kabeitz für Redaktionspolitik, Aus dem Lande, Gemeindepolitik, Aus der Partei, Gerichtszeitung und Feuilleton Germ. Winter; für Aus der Stadt, Gemeindefortschritt, Soziale Rundschau, Genos- senschaftsbewegung, Jugend und Sport, Briefkasten Josef Eisele; für den Anzeigen- und Briefkasten sämtliche in Karlsruhe.

Veranstaltungsausschuss. Verantwortlich: für Ar- tikel, Politische Überblicke und Rekte Nachrichten Hermann Kabeitz für Redaktionspolitik, Aus dem Lande, Gemeindepolitik, Aus der Partei, Gerichtszeitung und Feuilleton Germ. Winter; für Aus der Stadt, Gemeindefortschritt, Soziale Rundschau, Genos- senschaftsbewegung, Jugend und Sport, Briefkasten Josef Eisele; für den Anzeigen- und Briefkasten sämtliche in Karlsruhe.

Veranstaltungsausschuss. Verantwortlich: für Ar- tikel, Politische Überblicke und Rekte Nachrichten Hermann Kabeitz für Redaktionspolitik, Aus dem Lande, Gemeindepolitik, Aus der Partei, Gerichtszeitung und Feuilleton Germ. Winter; für Aus der Stadt, Gemeindefortschritt, Soziale Rundschau, Genos- senschaftsbewegung, Jugend und Sport, Briefkasten Josef Eisele; für den Anzeigen- und Briefkasten sämtliche in Karlsruhe.

Veranstaltungsausschuss. Verantwortlich: für Ar- tikel, Politische Überblicke und Rekte Nachrichten Hermann Kabeitz für Redaktionspolitik, Aus dem Lande, Gemeindepolitik, Aus der Partei, Gerichtszeitung und Feuilleton Germ. Winter; für Aus der Stadt, Gemeindefortschritt, Soziale Rundschau, Genos- senschaftsbewegung, Jugend und Sport, Briefkasten Josef Eisele; für den Anzeigen- und Briefkasten sämtliche in Karlsruhe.

Veranstaltungsausschuss. Verantwortlich: für Ar- tikel, Politische Überblicke und Rekte Nachrichten Hermann Kabeitz für Redaktionspolitik, Aus dem Lande, Gemeindepolitik, Aus der Partei, Gerichtszeitung und Feuilleton Germ. Winter; für Aus der Stadt, Gemeindefortschritt, Soziale Rundschau, Genos- senschaftsbewegung, Jugend und Sport, Briefkasten Josef Eisele; für den Anzeigen- und Briefkasten sämtliche in Karlsruhe.

Veranstaltungsausschuss. Verantwortlich: für Ar- tikel, Politische Überblicke und Rekte Nachrichten Hermann Kabeitz für Redaktionspolitik, Aus dem Lande, Gemeindepolitik, Aus der Partei, Gerichtszeitung und Feuilleton Germ. Winter; für Aus der Stadt, Gemeindefortschritt, Soziale Rundschau, Genos- senschaftsbewegung, Jugend und Sport, Briefkasten Josef Eisele; für den Anzeigen- und Briefkasten sämtliche in Karlsruhe.

Veranstaltungsausschuss. Verantwortlich: für Ar- tikel, Politische Überblicke und Rekte Nachrichten Hermann Kabeitz für Redaktionspolitik, Aus dem Lande, Gemeindepolitik, Aus der Partei, Gerichtszeitung und Feuilleton Germ. Winter; für Aus der Stadt, Gemeindefortschritt, Soziale Rundschau, Genos- senschaftsbewegung, Jugend und Sport, Briefkasten Josef Eisele; für den Anzeigen- und Briefkasten sämtliche in Karlsruhe.

Veranstaltungsausschuss. Verantwortlich: für Ar- tikel, Politische Überblicke und Rekte Nachrichten Hermann Kabeitz für Redaktionspolitik, Aus dem Lande, Gemeindepolitik, Aus der Partei, Gerichtszeitung und Feuilleton Germ. Winter; für Aus der Stadt, Gemeindefortschritt, Soziale Rundschau, Genos- senschaftsbewegung, Jugend und Sport, Briefkasten Josef Eisele; für den Anzeigen- und Briefkasten sämtliche in Karlsruhe.

Veranstaltungsausschuss. Verantwortlich: für Ar- tikel, Politische Überblicke und Rekte Nachrichten Hermann Kabeitz für Redaktionspolitik, Aus dem Lande, Gemeindepolitik, Aus der Partei, Gerichtszeitung und Feuilleton Germ. Winter; für Aus der Stadt, Gemeindefortschritt, Soziale Rundschau, Genos- senschaftsbewegung, Jugend und Sport, Briefkasten Josef Eisele; für den Anzeigen- und Briefkasten sämtliche in Karlsruhe.

Offene Kasse, Komplettschulden, selbst schmerzhaft, falls nur Apotheker Walter's.

Möbel

Bestellung ohne Auf- zahlung erwidert.
R. K. M. N. N. N.

Pfannkuch & Co

Zuckerbelieferung

Für die
Unsere Kundenschaft wird ge- beten, für Eintragung in die Wählerliste die Anwesenheitskarte des fränk. Nahrungsmittelein- amtes mitzubringen. Alle früheren Eintragungen sind ungültig.
Wer sich rechtzeitig ein- tragen läßt, verliert sich nicht die Zuckerverlieferung.
Schluß für die Eintragung bis 6. November abends.

Pfannkuch & Co

G. m. b. H.

Pfannkuch & Co

G. m. b. H.



Union-Theater
Doppelspielplan!
Haschisch!
Das Paradies der Hölle.
Der König von Golconda
Der Roman eines Abenteurers.
Erster Teil. 5387
Die goldene Schwertscheide.

Badisches Landesintendant
Mittwoch, d. 25. Oktbr., 6 bis 10 Uhr. 4 130.—
Abon. C 6 Th.-Gem. B. V. B. Nr. 3101-3400
Peer Gynt.

Grünwettersbach.
Zum 1. Oktober d. J. wird für die Beförderung des „Volksfreund“ am hiesigen Platz eine
zuverlässige Person
gesucht. Bewerber(innen) wollen sich all-
fald bei Herrn Kurt S. Heutenhain meld.

Pferdebestellung in Branibäcken.
Alle Pferdebesitzer werden unter Hinweis auf § 7 Abs. 1 der Feuerlöschordnung für die Stadt Karlsruhe hierdurch aufgefordert, im Falle eines Feuersturms ihre zur Verfügung stehenden Pferde nach dem nächstgelegenen Feuerhaus zu entsenden. Für die Dauer der Hilfeleistung wird die ordnungsgemäße Vergütung gewährt. Außerdem werden für die am schnellsten an den Feuerhäusern ein-
treffenden Pferde besondere Prämien bezahlt.
Diese betragen:
für das erste Pferd . . . 300.—
für das zweite Paar Pferde . . . 50.—
für das dritte Pferd . . . 17.50—
für das zweite Paar Pferde . . . 35.—
für das dritte Pferd . . . 17.50—
für das vierte Paar Pferde . . . 25.—
für das fünfte Pferd . . . 7.50—
für das sechste Paar Pferde . . . 15.—
für das fünfte, sechste, siebente
und achte Pferd je . . . 7.50

1 Schleifer
für Flächenfächelmaschine (Präzisions-
arbeiten)
1 Werkzeugschlosser
für Säbille
per sofort gesucht.
Schnellwaagenfabrik
G. m. b. H.
Bannwaldallee 33. 5398

„Goldener Ochsen“
Kaiserstraße Nr. 91.
Mittagessen
In und außer Abonnement.
Prima spanische Weine
ff. Schremp-Biere.

Residenz-Spieltheater
Waldstr. 39 — Telefon 5111
Der Untergang des Ozeanriesen
„Olympie“ (Die Tochter)
Großes Sensationsdrama in fünf Akten
mit Marcel A. Bonal.
Fatty im wilden Westen
Grotteske in zwei Akten.

Arbeiter! Werbet für den
„Volksfreund.“

Karlsruhe
Hotels, Restaurants, Cafés, Vergnügen

Hotel Nassauer Hof
am alten Bahnhof, Kriegsstrasse 88
Gut eingerichtetes Haus
Besitzer: F. Odenheimer.

Hotel Müller
Gut bürgerliches Weinrestaurant
Kreuzstrasse 19, Telefon 3553

Markgräfler Hof
Telephon 1992, Durlacher
Allee, Ecke Radolfstrasse
Weinstube
Bes.: Th. Zuecker.

Restaurant Grünwald
Rüppurrstrasse 2: Eigene Schlachtung: Guter
Mittags- und Abendisch: Vorzögl. Weine und
Schremp-Bier: Gr. u. kl. Säle. Ad. Körner.

Restaurant Merkur
am alten Bahnhof, H. Sinner- und Münchener
Biere, Weine, Gute Küche, A. Weber.

Zum Bratwurstglocke
am alten Bahnhof. Bekannt gute Küche u. Keller
H. Sinner Bier, Fremdenzimmer. Tel. 831. Im Haus

Gasthaus zum Stephanienbad
Karlsruhe-Beiertheim
Anerkannt gute Küche und Keller.
Gottfried Lucas Telefon Nr. 2102
5 Minuten vom Hauptbahnhof.

Färberei Printz A.-G.
Telephon 68, Karlsruhe, Telephon 68,
— Annahmestellen überall. —

Gebüder Kugel, Rheinstr. 63
Kurz-, Weiss- und Wollwaren, Herren-Artikel
Gegr. 1867, Telephon 2738

ADAM KEMPF
Weingroßhandlung
Kaiserallee 21, Telephon 2163

Frz. Fischer & Co., Weingroßhandlg.
Wein und Trauben
Steinstr. 29 Import-Geschäft, Telephon 163

Max Homburger, Weine und Spirituosen
Laden, Kaisersstrasse 124. Telephon 840.

Junker & Ruh A.-G.
Junker & Ruh - Nähmaschinen
Junker & Ruh - Dauerbrandöfen
Junker & Ruh - Casherde

Maschinenbau-Gesellschaft
Karlsruhe, Gegründet 1887.
3000 Werksangehörige.
Dampfmaschinen — Dampfkessel
Eis- und Kühlmaschinen.

Oscar Sichtig & Co.
Maschinenfabrik: Ventilationsanlagen

Maschinen-Fabrik Louis Nagel
Inh.: G. LANG
Karlsruhe i. B.
Tel. 382, Telegr.: Maschinenfabrik Nagel

Personen- und Lasten-Aufzüge
Transmissionen — Exhaustoren
Spindeltransport- und Enttaubungs-
Anlagen — Holztrocken-Anlagen
Unterwindfeuerungen — Koks-brecher

Gelächliche Rundschau u. Zeitungs-Dauer-Fahrplan

Teigwaren „Syndikatsrei“
Scheurer & Co., Teigwarenfabriken, Karlsruhe u. Logelbach.

Schweizer & Brecht Badische Lederwerke
Tel. 3028, Gotesauerstraße 6. Tel. 3028.
Beste Einkaufsquelle für Grossisten und
Wiederverkäufer. Karlsruhe-Mühlburg
für Glace-, Chair- und Mocha-Leder.
— Spezialität: Mocha Veneziana. —

Brötzingen und Herrenalb-Karlsruhe Reichsstrasse.

	W	F	W	F	W	F	W	F	W	F	W	F
Herrenalb ab	621	644	1144	311	411	644	744	844	944	1044	1144	1244
Frauenalb-Schielberg ab	611	634	1134	301	401	634	734	834	934	1034	1134	1234
Marxzell ab	620	643	1143	310	410	643	743	843	943	1043	1143	1243
Spielberg-Schönbrenn ab	633	656	1156	323	423	656	756	856	956	1056	1156	1256
Etzenrot ab	632	655	1155	322	422	655	755	855	955	1055	1155	1255
Brötzingen Nebenb. ab	644	667	1167	334	434	667	767	867	967	1067	1167	1267
Dietzingen ab	656	679	1179	346	446	679	779	879	979	1079	1179	1279
Itersbach ab	667	690	1190	357	457	690	790	890	990	1090	1190	1290
Spielberg (Hp) ab	679	702	1202	369	469	702	802	902	1002	1102	1202	1302
Langensteirbach ab	690	713	1213	380	480	713	813	913	1013	1113	1213	1313
Reichenbach ab	702	725	1225	392	492	725	825	925	1025	1125	1225	1325
Bosenbach ab	713	736	1236	403	503	736	836	936	1036	1136	1236	1336
Spinnerei (Hp) ab	725	748	1248	415	515	748	848	948	1048	1148	1248	1348
Eitlingen Waldkol. (Hp) ab	736	759	1259	426	526	759	859	959	1059	1159	1259	1359
Eitlingen Holzhof ab	748	771	1271	438	538	771	871	971	1071	1171	1271	1371
Karlsruhe Reichstr. an	759	782	1282	449	549	782	882	982	1082	1182	1282	1382

Machol & Löwengardt
Pack-, Schreib- und Druck-Papiere
Karlsruhe, Akademiestr. 5, Telephon 955.

Max Schellberg & Co.
Aktiengesellschaft
Schmiedestücke für alle Zwecke.

EMIL KOHM
Inh.: Wilhelm Edelmann
Fabrik für Chirurgie — Mechanik.

Wir liefern:
U. H. - Zündapparate
U. H. - Zündkerzen
U. H. - Lichtmaschinen
U. H. - Selbstentlasser

Unterberg & Helmle
Karlsruhe, Ritterstrasse 18-17.

EUGEN HELLING
Sägewerk, Holzhandlg., Maschinenfabrik
Gernsbach i. B.
— Fernruf 107 —

Th. & O. Hessig
Eisenbetonbau.

Casimir Kast
Holzhandlung Sägewerke.
Gernsbach.

Reserviert für Firma
Heinr. Rauch, Sägewerke u. Holzhandlung
Karlsruhe

H. Fuchs Söhne, Karlsruhe
Säge- und Hobelwerke, Holzhandlung,
Rheinhalten

Max Strauss, Karlsruhe.
Feldbahnen: Lokomotiven, Lokomobile, Baumaschinen, Werkzeugmaschinen

L. Bienenstock, Luisenstr. 75
Weiß- u. Kurzwaren en gros — Telefon 1234

W. Heinert Nechl.
Herrenartikel
Kaiserstrasse 227.

Adolf Pfeiffer
Karlsruhe
Werkzeuge, Werkzeugmaschinen.

C. F. Dürr, Adlerstr. 20, Tel. 172
gegründet 1819
Grosshandlung in Woll-, Baumwollgarnen und
Kurzwaren.

N. A. Adler
Schuh-Grosshandlung
(Gegründet 1830).

Allgemeines
Wormser & Co.
Schnurmann & Co.
Dogeneldstr. 4, Tel. 2005
Därme und Gewürze
kompl. Laden-, Wurst-
küchen-Einrichtungen.

Jos. Ehrhard
Holz- u. Korbwaren
Mühlburg, Rheinstr. 32

Hermann Cohen
Rintheimerstrasse 8 — Telefon 5108
Anker: Altsisen, Metalle, Lumpen, Papier,
Häute, Felle zu den höchsten Tagespreisen.

Vogel & Schnurmann
Karlsruhe.
Leder-Handlung
R. Neureuther
Marienstr. 53.
Stimmen u. Reparaturen
erledigt prompt und billigst
J. Kunz, Piano-Haus
Karl Friedrich-Strasse 21 — Teleon 2713.

Bruchsaler Gesellschaft
für Holzhandel und Holzbearbeitung
G. m. b. H.
Telefon: 20, 440, 483
Telegraph: Gröner Bruchsal — Wiesentfels Bay-
Sägewerke: Bruchsal — Karlsruhe-Hafen
Wiesentfels (Bayern)
Hart- und Weichholz aller Art.

Gustav Bader
Fittings Fabrik.

Ferd. Saurf & Co.
Möbelabrik
Dampfbetrieb mit Trockenanlage.

Raphael Bär, Bruchsal
Leder — Häute — Treibriemen
Telephon 47
Paolo-Atelier (Carl Orlow, W. Instr. 9, Tel. 158)

Joh. Breining, Kaiserstraße 61
Telephon 117.
Manufaktur- und Modwaren, Damontafelton.

Deutsche Eisenbahnsignalwerke
Aktien-Gesellschaft.

Peter Schwadorlapp & Co.
Herren- und Knaben-Kleider-Spezial-Haus
Schuhhaus
Julius Wertheimer, Bruchsal
Manufakturwaren mit Damenkonfektion
Jakob A. Gross, Bruchsal
stets neu ergänzte grosse Auswahl
zu vorzögl. Preisen
Reserviert